

Vollständige Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 54.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Druckerei für Halle und Magdeburg 2.50 M. für die Postbezugs 3 M. für das Vierteljahr.
Die andere Seite enthält vollständig: — Gratis-Beilage: Göttinger
Zeitung (Halle), 2. Unterhaltungsblatt (Sonnabend), 2. Band, Wittenberg.

Zweite Ausgabe

Einzelhefte für die Postbezugs: eine halbes oder deren Raum: für Halle u. den Umkreis
30 Hg., ansonsten 30 Hg. — Bestellen am besten bei reaktionellen Zeitl. die Halle 10 Hg.
Kaufnamenname mit der Unterschrift in Halle o. s. und allen bekannten Annoncenstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Postlager Straße Nr. 61/62
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 8110.
Verantwortl. u. S.: Fritz Müller, Halle a. S.

Sonnabend, 1. Februar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Fernburger Straße 31
Telephon Amt Kurirtur Nr. 0280.
Druck und Verlag von Otto Zietse in Halle a. S.

Nur keine falsche Rührseligkeit!

Ein langjähriger Kenner des ostmärkischen Geschäftlebens schreibt uns:
Als die Polen in ihrem Uebermut über die unerwarteten Erfolge der Walfanlöser eine neue Zeit für das Slawentum heranziehen sahen und nun zum Verfall über deutschen Geschäfte und Waren schritten, haben alle deutschen Männer, die das wirtschaftliche Leben der Ostmark kennen, sich erregt gefragt, weshalb die Polen just ein Kampfmittel wählten, das ihnen bald eine sichere Niederlage bringen mußte. Die einzige Erklärung kann nur darin gefunden werden, daß die Polen überzeugt waren, das völkische Gefühl der deutschen Massen in der Ostmark sei bereits so abgestumpft, daß es durch keine noch so starke, verlegende Herausforderung wieder zu wecken sei. In dieser Erwartung haben sie sich getäuscht, solange Leute in ihren Reihen hätten sich an die Zeit des Schulrechts erinnern sollen; auch damals wußte die Empörung in deutschen Kreisen über den damals unheimlichen Freiwillen, allerdings legte sie sich dann wieder. Gemüht war das zu bedauern; denn je lebhafter sich bemüht deutsches Gefühl betätigt, je mehr es alle Verhältnisse unseres öffentlichen Lebens durchdringt und beeinflusst, desto eher werden unsere Polen zur Einsicht, zur Vernunft kommen. Sie fügen sich nur, sobald sie wissen, daß sie „auf Granit stehen“. Leider ist polnische Welle, polnische Denkart noch viel zu wenig bei den Deutschen bekannt, und leider ist nach der Auffassung vieler Ostmarkdeutschen die Abwehr der polnischen Vorkläge ausschließlich Sache der Regierung. Daran erklärt es sich auch, daß die ostmärkische deutsche Presse mit wenigen Ausnahmen viel zu wenig um ihren Lesern ein Bild von den Vorklägen in polnischen Bezugs zu entwerfen, sie fortgesetzt über die Geschäfte zu unterrichten. Mit einer Vogel-Strauß-Politik kommt man nicht vorwärts.

Gerade der Verlauf der jetzigen Berufsbewegung hat gezeigt, wie viele Deutsche von den Ansprüchen des politischen Fanatismus vollständig übersehen wurden, wie wenige von den jahrelangen Vorarbeiten der Polen in sich eine eigene Industrie, eigene Geschäfte zu schaffen, auch nur das Notwendigste wissen. Wohl sieht man ein deutsches Geschäft nach dem anderen in polnische Hände übergehen — bleibt, wie es oft geschieht, die deutsche Firma erhalten, so merkt man den Wechsel der Inhaber kaum. Man kann darüber, daß ein polnischer Betrieb sich zum anderen stellt, nimmt aber die Entschädigung beiseite hin. Und wenn man ein einziges Mal glaubte, Anlaß zum Ärger über seinen deutschen Lieferanten zu haben, läßt man sich immer. Gemüht wurde man dort besonders liebenswürdig behandelt. Das liegt einmal in der slawischen Art; bessere Waren erhielt man jedoch nicht, und auch die Preise unterschieden sich nicht. Hier und da erhielten wir auf die Frage: weshalb kaufen Sie denn nicht beim Deutschen? Antworten wie diese: Das polnische Geschäft liegt mir bequemer; ich weiche auf den ganzen hafatistischen Strom hin.

Das würde anders, als jetzt eine polnische Verarmung die andere jagte und die Reaktionen von den Berufserklärungen berichtet, als so mander Frauen- und Drogen-erklärungen des politischen Fanatismus wurde. Tatsächlich ist noch nicht jetzt ein Pole, der ein deutsches Geschäft zu betreten wagt, den schlammigen Weidungen und Tälchen setzen aus. Das polnische Personal der deutschen Geschäfte hat nur zu oft den Anker gelassen. Diese Leute die froh sein sollten, daß sie von deutschen Kaufleuten bessere Entlohnung erhalten als von polnischen Geschäftsherrn, entließen sich nicht, jeden Polen, den sie in dem deutschen Laden erblickten, als die polnischen Organisationen zu verraten, damit nur so die Strafe für ein so schweres „Verbrechen“ nicht ausbleibt! Nun hat sich trotz alledem gezeigt, daß die Kaufkraft der Polen arg übermäßig worden ist; man legte sie gleich der Kupfahol, ohne sich zu lazen, daß die Deutschen im Durchschnitt sehr viel wohlhabender sind, also auch die größeren Bedürfnisse haben. Außerdem aber ist wohl auch die polnische Kundkraft der deutschen Geschäfte zu groß angenommen worden. Es ist das selbstverständlich, daß eine seit vielen Jahren eigentlich ununterbrochen dauernde geliebte, kann nur bei den Unfrühen eine Wirkung ausüben muß und ansteigt hat. Daher haben die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden unter den Folgen der Berufsbewegung viel schwerer gelitten als die Deutschen. Das trotzdem von unserer Seite so lebhaft Klagen erhoben wurden, ist darauf zurückzuführen, daß zwar die polnischen Käufer den deutschen Laden sofort fernblieben, zuweilen das auch ausdrücklich mitteilten, die Deutschen dagegen meißt noch bei Polen weiter kauften. Die Tatsache jedoch, daß selbst würde die Verlegungen vor dem Volontum nicht den leinsten Wandel hervorriefen, vielmehr die Polen nur noch übermäßig mochten, läßt endlich bei den national lauen und gleichgültigen Elementen die Empörung aus. Inzwischen wirkte die umfassende Kundkraft der deutschen Kaufmannschaft des Ostens heute anders denn als vor sechs Wochen. Da endlich kam den Polen die Erkenntnis, daß sie daneben gehalten haben. Aber noch besteht sie zu viel Gemeinheit, daß in die Öffentlichkeit keine der bewaglichen Klagen ihrer Kaufleute und Gewerbetreibenden, die durch den Verlust der deutschen Kundkraft in ihrer Existenz gefährdet sind. Die

Polen können gar nicht so viele Geschäfte unterhalten, als notwendig wäre; es bestehen eben in allen größeren polnische Läden, die auf einen großen Teil deutscher Kundkraft angewiesen sind, um lebensfähig zu sein. Ob sich diese Erkenntnis bei den polnischen Führern schon durchgesetzt hat, wissen wir nicht, die polnischen Gewerbetreibenden haben es bereits eingesehen.

Sie suchen daher auf die Mittelbarkeit ihrer früheren deutschen Kunden zu wirken, namentlich auf die deutschen Frauen. Obwohl sie Mitglieder polnischer Vereine sind, deren deutschfeindliche Art außer allem Zweifel steht, stellen sie doch in Abrede, daß sie sich niemals an den national-polnischen Vorklägen auch nur mittelbar beteiligen. In Vorkläge und unter großem Aufwand, selbst von Linsen schlüßten sie ihre Rot und erreichen damit auch, daß schon wieder deutsche Frauen „ausnahmeweise“ bei Polen kaufen, so sich dessen sogar noch rühmen. Wie alle diese Kreise richte ich die Frage: Wer hat Mitleid mit den vielen hunderten deutschen Familien von Kaufleuten und Gewerbetreibenden, die die Ostmark, nachdem sie ihr Vermögen ganz oder zum Teil eingebüßt, verlassen mußten, weil sie ihre frühere polnische Kundkraft verloren, ohne deutschen Ersatz finden zu können? Bismarckwürdig sind sie von dannen gezogen, um sich in anderer Gegend ein neues Dasein zu schaffen. Sicherlich gab es unter ihnen auch Leute, die nicht schuldlos an ihrem Zusammenbruch waren; sie sind bei diesem Hinweis ausgeschaltet. Sie ist nur die Rede von jenen Deutschen, die in ihrem Nachsichtig waren und denen man allenfalls nur vorwerfen darf, daß sie ihre Käufer weniger umschmeicheln als polnische Wettbewerber. Und dieser Fehler sollte doch wohl verzeihlich sein; wir Deutschen sind hier das Serebrot und müssen auch so etwas aufrechten. Das bleibt schließlich nicht ohne Einfluß auf die erwerbstätigen Schichten. Zudem ist es in dieser Hinsicht besser geworden. Ermahnungen des Ostmarkenvereins, der ihm nobelstehenden Kreise und die Rot der Zeit haben zusammengeführt, um berechtigte Klagen abzugeben. Der verneint Welle und Ziel des Volontums vollständig, der glaubt, die Erfahrungen mit dem Verfall seien ausreichend, um jetzt schon dem Osten dauernde Ruhe zu schaffen! Mit nichten! Gelingt es der polnischen Friederei, die deutsche Kundkraft wieder den polnischen Geschäften zuzuführen, werden und dürfen sie bald frohlocken. Denn das ist zweifellos: in solchem Falle müßte die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden der Ostmark müßlos werden; sie werden den Osten verlassen und es wird dann bald nur noch polnische Geschäfte geben. Das die beratende Entwicklung der Dinge die bisherigen Erfolge der deutschen Berufsbewegung und der Schärfe des Ostmarkenvereins überaus schmerzhaft und auch weitreichende politische Folgen bei den Wohlhabenden muß, leuchtet ein. Ohne einen starken und lebhaften erwerbstätigen deutschen Mittelstand können wir niemals die Vorkläge in der Ostmark aus erhalten. Es steht also schließlich das deutsche Gepräge der Ostmark auf dem Spiele; hüten wir uns vor falscher Rührseligkeit. Die Polen ernten nur, was sie gesät haben!

Die türkische Antwortnote.

Einen Teil der am Freitag nachmittags erschienenen Antwortnote der Türkei auf die Kollektivnote der Großmächte konnten wir bereits in der letzten Nummer veröffentlichen. Der Vollständigkeit wegen geben wir nun die Note in ihrem ganzen Wortlaute hier wieder. Sie lautet:

Der unterzeichnete Minister des Äußeren hat den Inhalt der Kollektivnote, welche die Vorkläge der Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Russlands, Deutschlands und Italiens am 17. d. M. seinem Amtsvorgänger zu übermitteln beabsichtigte, zur Kenntnis genommen. Die ottomanische Regierung zögert nicht, anzuerkennen, daß der Abschluß des Friedens und die Wiederherstellung der Allgemeinheit entspricht, und sie gibt sich Redenshaft darüber, daß es geboten sei, so schnell als möglich den Kampf ein Ende zu setzen, den die Feindschaft hervorgerufen hat.

In ihrer Mitteilung haben sie die Mächte für nötig erachtet, der Türkei den Rat zu erteilen, die Abtretung der Stadt Adrianopel an die verbündeten Balkanstaaten zuzustimmen und für die wichtigsten ägäischen Inseln den Mächten die Sorge zu überlassen, deren Schicksal zu bestimmen. Die Kaiserliche Regierung glaubt hervorheben zu sollen, daß sie bereits unabweisliche Beweise ihrer verächtlichen Haltung dadurch gegeben hat, daß sie unermesslichen Opfern zustimmte. Da Adrianopel eine Stadt ist, die vermöge ihres besonderen Charakters in untrennbarem Zusammenhang mit dem türkischen Reich steht, hat das bloße Gerücht einer Abtretung ihrer Stadt im ganzen Lande eine derartige Erregung hervorgerufen, daß sie die Demission der früheren Regierung herbeigeführt hat.

Nichtbedenklicher ist die Kaiserliche Regierung, um den äußersten Beweis ihrer Treue zu zeigen, die Zustimmung zu geben, gemeint, sich dem Wunsch der Mächte hinsichtlich jenes Teiles Adrianopels zu fügen, der am rechten Ufer der Moria gelegen ist, während sie den am linken Ufer des Flusses gelegenen Stadtteil mit seinen Moscheen, Mauern und anderen historischen und religiösen Denkmälern behält. Die Erhaltung dieses Teiles der

Stadt unter der direkten autonomen Souveränität ist für die Kaiserliche Regierung eine Notwendigkeit, die sie sich nicht entziehen konnte, ohne das Land einer Entfremdung auszuliefern, die die schwersten Komplikationen mit sich bringen könnte.

Was die ägäischen Inseln betrifft, gestattet sich die Regierung mitteilen, daß, während ein Teil derselben infolge der unmittelbaren Nachbarschaft der Dardanellen für die Verteidigung der Hauptstadt unerlässlich ist, der Rest der übrigen, einen interessierenden Bestandteil der atlantischen Besitzungen des Kaiserreichs bildenden Inseln, nicht minder unerlässlich ist für die Sicherheit Kleinasiens. Jede Forderung, die dahin zielen würde, die Autorität der Regierung auf diesen Inseln zu verringern, würde das Ergebnis haben, sie in ebenso viele Konstitutionsherde zu verwandeln, deren Wirkung auf das benachbarte Festland übergreifen würde. Die Folge wäre die Schaffung eines Rufandes der Geringfügigkeit demjenigen in Makedonien, der die Ruhe Europas bedrohte und noch immer bedroht.

Abgesehen von den bedauerlichen Wirkungen, die eine derartige Forderung auf die öffentliche Meinung in der Türkei ausüben würde, würde sie den Ansichten der Großmächte zuwiderlaufen, denen die dauernde Verwirklichung der Konsolidierung und des Gedeihens des türkischen Reiches am Herzen liegt. Infolge dessen könnte die Pforte aufstehen, daß die Mächte das Schicksal der von den verbündeten Balkanstaaten besetzten Inseln festzusetzen belieben, indem sie den vorstehenden Erwägungen Rechnung und dafür Sorge tragen, daß die Position der Dardanellen unberührt bleibt, was die Pforte als eine in den höchsten Interessen Europas gelegene Angelegenheit betrachtet. Die Kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die Mächte im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit wohl geneigt sein werden, anzuerkennen, wie groß die Opfer sind, die zu bringen die Regierung bereits ausgemittelt hat, und ausgeben, daß die Pforte im Recht ist, wenn sie alle neuen Forderungen zurückweist, die von den Verbündeten erhoben werden könnten. Die Pforte nimmt mit wahrer Befriedigung Akt von den wohlwollenden Dispositionen der Mächte und ihren Versprechungen, der türkischen Regierung ihre moralische und materielle Unterstützung zu leisten, damit sie in die Lage versetzt werde, die Schäden des Friedens zu heilen und die natürlichen Quellen des Reiches für die Zukunft zu erhalten. An diesem Behufe ist es unerlässlich, daß die Mächte der Türkei ihren jetzt das Recht ausüben, in voller Freiheit einen autonomen Balkan einzurichten, fern von den Prinzipien des modernen Rechtes beruhende Handelsverträge abzuschließen, endlich die fremden Staatsangehörigen der ottomanischen Staaten zu unterstellen, denen die türkischen Unternehmen unterworfen sind und werden, und daß die Mächte inwäsend einer vierseitigen Erhöhung der Höhe zustimmen.

Nur nicht weniger unerlässlich hält es die Pforte, daß die ausländischen Vorkläger unter Bedingungen aufzufassen werden, die leicht festzusetzen wären in dem Sinne, daß dem Handel alle Garantien für die notwendige Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs geboten werden.

Die Pforte ist weiter der Ansicht, daß eine Erklärung der Mächte, in der sie ihren Wunsch zu erkennen geben, dem Regime der Konstitutionen in der Türkei ein Ende zu setzen, und die Eröffnung von Verhandlungen nach dem Abschlusse des Friedens, um gemeinsam zur Durchführung dieses Zweckes geeignete Mittel zu studieren, zusammen mit den früher aufgestellten wirtschaftlichen Maßnahmen eine Gesamtheit von Maßnahmen bilden würden, die die Durchführung der von den Mächten in ihrer Note gemachten Bestimmungen ermöglichen.

Gegen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Die Mächte sind in einer Meinungsauseinandersetzung darüber eingetreten, auf welchem Wege trotz der Kündigung des Waffenstillstandes durch Bulgarien die Wiederherstellung der Feindseligkeiten zu verhindern zu sei. Die Mächte sind einmütig gewillt, alles aufzubieten, um dieses Ziel zu erreichen. Ob das Fortdauern der Mächte über Adrianopel besteht, wird wohl freilich nach der in den diplomatischen Kreisen der Reichshauptstadt verbreiteten Ansicht als zweifelhaft erscheinen. Man betont aber, daß die Antwort der Pforte an die Großmächte und nicht an die Balkanstaaten gerichtet sei, und daß es zunächst den Mächten aufstehe, Stellung zu der Kundgebung der türkischen Regierung zu nehmen.

Türkischer Protest gegen die Kündigung des Waffenstillstandes.

Die Pforte überreichte den Vorklägern der Großmächte eine Note, in der sie gegen die Kündigung des Waffenstillstandes protestiert. Die türkischen Delegierten in London sind gleichzeitig verhandelt worden. London sofort zu veröffentlichen. Nach-Beide ist nach der Entscheidung abgelehnt, um das Oberkommando über die Armee zu übernehmen. Man nimmt an, daß Mahmud Schefer-Balka sich heute ebenfalls an die Internationalität begeben wird. Er vertritt jedoch hat die Übernahme eines Kommandos im türkischen Heer abgelehnt. Man nimmt an, daß er auf seine Funktion als Militärattaché zurückgekehrt, um dort wieder seine Funktionen als Militärattaché auszuüben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Bundesratsgebäude in Bonn, Rhinl. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Debatte über die vorübergehenden Zollvereinfachungen bei der Fleisch-einfuhr wurde fortgesetzt. Abg. Dr. v. Camp (Schlesl.): Zunächst muß ich betonen, daß die Art und Weise, wie hier über die Verhandlungen der Kommission Bericht erstattet worden ist, völlig ungenügend war. Ich muß mich darüber mit aller Entschiedenheit beschweren. (Zusammenrufe.) Insbesondere ist über die Negationsveränderungen manches im Unklaren geblieben. Dem Abg. Bittschopf kann ich nicht antworten, wenn er die Bittschopf so sehr in Schutz nimmt. Unsere Angriffe richten sich aber namentlich gegen die zeitliche Nichtkommissionäre; das sind die Leute, die den Fleischern das Leben schwer machen. Auch bei der Einfuhr russischen Fleisches steht eine einzige Firma ganz Summen ein, die man lieber den Fleischern hätte zuwenden lassen sollen. Die dauernde Grenzschließung ist nicht denkbar, die sanitären Verhältnisse hängen davon. Die freilichigen Anträge auf Aufhebung der Zwangsmaßnahmen und auf Aufhebung der Einfuhr von Fleisch sind nur eine Durchbrechung unseres Fleischschutzes. Sie legen damit die Entscheidung in die Hände der Fleischer. (Fortgeleitete Unterbrechungen links; der Präsident hat wiederholt am Rufe, da sonst jede parlamentarische Behandlung der Sache unmöglich gemacht werde. Sehr richtig! rechts) Bei der Steuerung auf allen Gebieten ist es dem Reichstag nicht möglich, mit Argentinien zu konkurrieren. Eine dauernde Abhilfe ist nur denkbar durch weitere Förderung der Viehzucht durch die kleinen und mittleren Bauern. (Beifall.)

Belehrer Herr Dr. Wendhoff: Es wäre von Freiherrn von Gumboldt gewünscht, mit Mitteilung zu machen, wenn er mit meiner Berichterstatterung unzufrieden ist. Sonst, aber das wird mir seitens eines Gruppen des Reichstags, das nicht in der Kommission vertreten ist. (Großer Lärm rechts; Auf: Unberührt! Sie haben als Berichterstatter nicht das Recht, uns zu beleidigen! Fortgeleitete Unterbre.) Ich bin Gegner der Agrarier, weil ich landwirtschaftlichfreundlich bin.

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Unvollständigkeit vorwerfen, ebenso hat jeder Abgeordnete das Recht, respektiert zu werden, ob er nun einer kleinen Partei angehört oder einer großen. (Beifall links.)

Abg. Bittschopf (Preussl. Rep.): Aus der Rede des Freiherrn von Gumboldt geht hervor, daß unser Antrag nicht zu machen ist; er ist fürchten muß, daß diese falsche Anschauung sich weiter verbreitet, ohne ich meinem Antrag den Zusatz hinzu, daß die Zollvereinfachungen gelten soll, soweit und solange es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist. (Beifall links.)

Abg. Schmidt-Wirzburg (Sax.): Die Geschäftigkeit unserer Anträge anzusehen, ist eine frivole Behauptung des Abg. Serab. (Präsident Dr. Kaempf rief diesen Vorwurf.) Ich muß diese Behauptung zurückweisen; so kann nur ein Mann sprechen, der für die Not der großen Massen absolut unempfindlich ist. Unsere Anträge sind notwendig im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Wir haben Maßnahmen im Auge, die wir müssen -auernde Grenzschließung fordern.

Verbreiter Herr Dr. Meißner stellte fest, daß eine unterschiedliche Behandlung des Gefrierfleisches und des frischen Fleisches im Zolltarif und in dem Fleischbeschutzes nicht besteht. Abg. Dr. Meißner (Zentr.): Abg. Schmidt hat zwar ein großes Gefühl gegen meinen Parteifreund Seraboff ausgesprochen, seine Meinung zu ändern aber nicht die Stärke, auf der Seraboff steht. (Sehr laut im Zentr.) Die Angriffe des Abg. Simon gegen den berechtigten Minister Dr. v. Eden geben einen Beweis von der wenig noblen Kampfmethode dieser Herren den berechtigten Ministern gegenüber. Im übrigen kann von Unterdrückung in Bayern nicht die Rede sein. (Sehr richtig!)

Abg. Heermann (Sax. der Natl.): Die steigenden Lohnverhältnisse in Handel und Industrie haben eine wesentliche Änderung in der Konsumverhältnisse gebracht. Auch in der Landwirtschaft ist die Produktion erheblich teurer geworden. Das bedingt wieder höhere Preise für den Konsument. Der Landwirt, der den Schutzwirtschaft nicht kennt, muß auf entsprechenden Lohn für seine Arbeit rechnen, deshalb können wir nicht auf den Zollschutz verzichten. Auch der Arbeiter, der seine Schweißarbeit, wird durch denartige Anträge schwer geschädigt. Ohne Rücksicht kann die Landwirtschaft nicht mehr existieren. Paragraph 12 des Fleischbeschutzes darf nicht angegriffen werden, das erklärt ich im Namen des deutschen Bauernbundes. Ein besonderes Verdienst kommt der national-liberalen Partei zu, die auch die häßliche Beleidigung für diese landwirtschaftliche Haltung gewinnt. Stärken wir den Bauernstand, so stärken wir damit die Wehrkraft des Reiches. (Beifall.)

Abg. Weisbach (Konf.): Die Fleischschutzzölle läßt sich nur durch eine planmäßige Förderung der einheimischen Viehzucht lösen. Abg. Koch (Fortf. d. Pr.): Sollten die Konservativen früher der Aufhebung der Futtermittelzölle zugestimmt, so hätten wir die ganze Misere nicht. (Lachen rechts; Sehr richtig! links.) Eine Aufhebung der Futtermittelzölle ist es nicht möglich, das wird durchhalten. Durch die Zollpolitik wird unendlich der ganze kleine Bauernstand angegriffen. (Lachen.) Dem sozialdemokratischen Antrage auf Zulassung von Gefrierfleisch können wir nicht zustimmen. Wir müssen zum mindesten verlangen, daß bestimmte Tierärzte ins Ausland geschickt werden und dort das zu importierende Fleisch auf Art und Qualität untersuchen. (Lachen.) Nach weiterer unheilvoller Debatte wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden, soweit nicht namentliche Bestimmungen beantragt worden ist, in einfacher Abstimmung abgelehnt. Neben wurde über den Antrag der fortschrittlichen Volkspartei vom 1. April 1913 ab wird der Bundesrat zuständig, allgemein die Zölle für Schmalz und Fleisch sowie für Butter, Margarine und Butterfett ganz oder teilweise außer Geltung zu setzen, soweit und solange es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist, namentlich abgelehnt.

Einbundesratsmitglied Abgeordnete stimmen für den Antrag, 154 dagegen, 3 enthalten sich der Stimme. Der Antrag ist somit abgelehnt. Der Antrag der fortschrittlichen Volkspartei auf Auspendung der Futtermittelzölle wurde in namentlicher Abstimmung ebenfalls abgelehnt. 149 Abgeordnete stimmen dafür, 184 dagegen, 4 enthalten sich der Stimme.

Darauf wurde der Gegenentwurf fast einstimmig unverändert angenommen. Der freiwirtschaftliche Gesamtantrag zur sozialdemokratischen Resolution, daß im Falle der Aufhebung des § 12 des Fleischbeschutzes

belegte Tierärzte in die Ursprungsänder zu entsenden seien, wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt. Schließlich wurde über die sozialdemokratische Resolution auf Fortsetzung eines Gefrierfleisches zur Vermeidung der Einfuhr von Fleisch aller Art unter Aufhebung des § 12 des Fleischbeschutzes abgelehnt. Von 338 Abgeordneten stimmten 109 für die Resolution, 229 dagegen. Die Resolution ist somit abgelehnt. Alle übrigen Resolutionen wurden abgelehnt. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes beendet. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Dritte Lesung des Fleisch-einfuhrgesetzes; Fortsetzung der Staatsberatung. (Schluß 7 Uhr.)

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Ministertisch: v. Ardenbach. Präsident v. Adel-Wiedeborn eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Zunächst fand die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder Herr v. Gahl, Fürst v. Gafeldt-Wilburg, Fürst v. Sagn-Hohenstein und Fürst v. Sagn-Wittgenstein-Verbeleg statt.

Der Entwurf eines Wassergesetzes wurde von der Tagesordnung abgesetzt mit der Maßgabe, daß es am Montag auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Es folgte die Beratung des Nachtragsetzes für 1912, in welchem 60 000 000 Mark zur Erweiterung von Eisenbahnanlagen und zur Unterstützung von Unternehmungen gefordert werden.

Der Nachtragsetz wurde ohne Debatte genehmigt. Es folgte die Beratung des Gefrierfleisches, betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, sowie in der Rheinprovinz und in den Nordseeprovinzen.

Nach der Vorlage nach durch statutarische Bestimmung einer Mehrheit für die nicht mehr schulpflichtigen unter 18 Jahre alten männlichen Personen für drei auf einander folgende Winterhalbjahre die Verpflichtung zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule festgestellt werden.

Belehrer Herr Dr. v. Böttger empfahl die Annahme der Resolution der Kommission, in welcher die Regierung erklärt wird, dafür zu sorgen, daß in der Fortbildungsschule auch auf die religiöse Fortbildung der Fortbildungsschüler Bedacht genommen wird.

In der Generaldebatte erklärte Graf v. Heeckeren, daß ohne obligatorische Fortbildungsschule das Ziel der weiteren Fortbildung der Jugend nicht erreicht werden kann.

v. Böttger: In der Kommission ist betont worden, daß ein Zwang zur Errichtung von Fortbildungsschulen nicht ausgedeutet werden soll. Wir erwarten nähere Aufklärung hierüber, da wir sonst beantragen, den Entwurf an die Kommission zurückzuverweisen.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: In den Gesetzen betr. Errichtung von Fortbildungsschulen für Hannover, Hessen-Nassau und Schlesien ist klar ausgesprochen, daß ein Zwang zur Errichtung von Fortbildungsschulen nicht statuiert werden soll. Ein Zwang besteht nur für den Besuch dieser Schulen, wo sie bestehen. Die Regierung ist bereit, die Wünsche der Kommission anzunehmen. Die Regierungspräsidenten sind angewiesen, einer allzu beschleunigten Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen vorzuzugehen. Wir wünschen ein allmähliches, geordnetes Wachstum der ländlichen Fortbildungsschulen. Die Regierung hält aber an dem Standpunkt fest, daß ein Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts über das 14. Jahr nicht zulässig ist.

Kardinal Dr. v. Sopp stellte mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers dem Hause anheim, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen.

Darauf wurde der Gegenentwurf an die Kommission zurückverwiesen. Es folgte der Entwurf eines Entwurfes eines Gesetzes für das ländliche Industriegebiet.

Nach kurzen Ausführungen des Grafen Mirbach und des Ministers Herr v. Schorlemer wurde der Gegenentwurf unverändert nach den Wünschen des Abgeordnetenhaus angenommen. Das Haus an dem es wurde, ohne Debatte angenommen.

Es folgte die Beratung des Entwurfes eines Moorgesetzes. Graf v. Kanthak beantragte, das Gesetz auch auf die Provinz Schleswig-Holstein auszuweiten.

Minister Herr v. Schorlemer: Ich bitte, dem Antrag nicht stattzugeben. Ich bin bereit, in der nächsten Session dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu machen, sobald die Provinz Schleswig-Holstein mit einem derartigen Wunsch an mich herantritt.

Graf v. Kanthak zog mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers seinen Antrag zurück. Nach kurzen Ausführungen des Grafen Mirbach wurde der Gegenentwurf an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgte die Billigung. Die Petition um Gewährung von Kostzuschüssen an die Beamten wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Petitionen um gefällige Eröffnung der Aufgehobener des Pensionars und des Witwengebühres bzw. um Gewährung von Kostzuschüssen für das laufende Jahr wurden mit Rücksicht auf die Finanzlage und die für diese Zwecke vorhandenen Unterhaltungs-fonds durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Sonnabend 8 Uhr. Tagesordnung: Kleinerer Vorlagen, Petitionen. (Schluß 4 1/2 Uhr.)

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Ministertisch: v. Dalwitz. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Wölsig eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Zweite Beratung des Entwurfes des Ministeriums des Innern. Berichterstatter Minister (Konf.) berichtete über die Verhandlungen der Subkommission. Abg. v. Karstorf (Freiw.): Ich behaupte, daß der Reichstag sich getrennt nach unrichtiger Weise in eine preussische Angelegenheit gemischt hat; noch mehr behaupte ich, daß das Zentrum in Gesellschaft der Polen, der wettischen und offenen Reichstages,

getrennt dem Reichstag ein Mißtrauensvotum erstellt hat. Was man über diese Frage denken, wie man mit: Sie ist eine Angelegenheit des Reichstages und gehört hierher; der Reichstagler ist als Ministerpräsidenten hierüber nur der Abgeordnetenhaus verantwortlich. Ich hoffe, daß diese Aktion auf die Regierung einen Eindruck machen wird. Die Ausführungen, die der Abg. Graf Beharop vor kurzem im Reichstage über den Schluß der Arbeitswilligen gemacht hat, billigen wir durchaus. Wir fordern ebenso wie die große Mehrheit der Landesparlamenten in jeder Hinsicht gefällige Maßnahmen. Mit den jetzigen Gesetzesvorschriften kommen wir nicht aus; sonst sind die Arbeitswilligen dem Zerrismus der Sozialdemokratie auf jeden Fall ausgeliefert. (Sehr richtig!) Die Macht der Sozialdemokratie beruht nur darauf, daß sie der organisierte Terror ist (Sehr richtig!) und Brocol; Widerpruch und Lachen bei den Sozialdemokraten, und das Zentrum hat den Staat auf gefällige Maßnahmen bestimmen. (Beifall Zustimmung rechts.) Die Staatspolitik muß auch dafür sorgen, daß die Verwaltungen der Städte und Landgemeinden nicht in die Hände der Sozialdemokratie geraten. Die Entscheidungen des Zentrums und der Liberalen, das heißt, wenn ihnen volle Freiheit gegeben würde, mit der Sozialdemokratie fertig werden, haben sich als irrig erwiesen, das sehen wir in Belgien, in Köln, München und ebenso in Baden. Da kann nur die Staatsmacht helfen. Das Sozialistengesetz hat seiner Zeit eine sehr gute Wirkung gehabt. Jetzt haben Regierung und Parteien ihrander das Gefühl verloren für die Gemeinwohlthätigkeit der Sozialdemokratie. (Beifall sehr richtig! rechts.) Wir haben die Aufgabe zu machen (Lärm bei den Sozialdemokraten: Scham zu machen!); sehr richtig! sehr zu machen. Damit erfüllen wir die Pflicht gegen unser Gewissen und gegen das Land. (Beifall sehr laut rechts.)

Abg. v. Böttger (Sax.): Der Reichstag hat sehr wohl das Recht, auch preussische Angelegenheiten zu besprechen. Aus der konservativen Presse und auch aus der Rede des Herrn v. Karstorf kann man den Schluß ziehen, daß die Ministerfürgere wieder an der Arbeit und die Tage des Herrn Debrick gestiftet sind. (Lachen rechts.) Auf allen Gebieten der inneren Verwaltung ist ein tatsächlicher Stillstand eingetreten; desto mehr macht sich aber ein stiller Stillstand geltend, besonders auf dem Gebiete des Vereins- und Verfassungswesens. Daß die Sozialdemokratie immer mehr Einfluß in den Städten und Gemeinden zu gewinnen beginnt, ist einleuchtend, bei der Überzeugung von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Sozialdemokratie in immer weitere Kreise bringt. Dies mit Gewalt hintanhelfen zu wollen, ist ungeschicklich und bedeutet einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Ein von Abg. Karstorf gewünshtes Justizhausgesetz würde sich nicht sowohl gegen die Sozialdemokratie als vielmehr gegen die Gewerkschaften richten, die als Streikorganisationen angesehen werden. Unter dem früheren Sozialistengesetz ist die Sozialdemokratie groß und stark geworden. Wir fürchten auch ein neues Sozialistengesetz nicht. Wir haben niederrückwürdigen Ausnahmefällen können Sie (nach rechts) die Sozialdemokratie nicht mehr empfangen. (Beifall rechts.) Dr. Karstorf hat die Sozialdemokratie als eine eminente geistige Bewegung und keine Gewaltmaßnahmen sind imstande, sie zu vernichten. (Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. b. Groeben (Konf.): Der Zerrismus der Sozialdemokratie ist kein Märchen. Von der Sozialdemokratie werden alle diejenigen Arbeiter auf die Straße gesetzt, die sich ihren Organisationen nicht anschließen. Wenn die Unternehmern sich diesen Verbrehungen nicht widersetzen, wenn sie den Arbeitswilligen Gelegenheit zur Arbeit geben, so ist das das Gegenteil von Zerrismus. (Sehr laut rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. b. Groeben (Konf.): Der Reichstag hat sich nicht in preussische Angelegenheiten zu mischen hat. Die Volkstagen geht nur Preußen an; wir wollen Herr in unserem Hause bleiben. (Beifall Zustimmung rechts.) Dagegen gehen die Reichsangelegenheiten zunächst Preußen, als die folgenden Staat, an. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Von Ministerfürgere kann bei uns keine Rede sein, da wir an dem Rechte des Königs, die Minister zu ernennen, nicht rütteln wollen. Die Regierung wird hinsichtlich bald zu der Einsicht kommen, daß sie mehr für den Schluß der Arbeitswilligen tun muß, wenn sie alle die Kräfte nicht, die der Zerrismus der Sozialdemokratie verschuldet hat. (Wilde Zurufe bei den Sozialdemokraten: Scham zu machen!); sehr richtig, es ist eine Schande, dies zu behaupten.

Belehrer Herr Dr. Krause: Herr Abg. v. Böttger, ich rufe Sie wegen dieser unqualifizierbaren Ausdrücke zur Ordnung und bitte, doch endlich die Verhandlung führenden Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Dr. v. Friedberg (Natl.): Es muß einmal gefällig festgelegt werden, wie weit die Staatspolitik über die Kommunen zu gehen hat. Das Verhalten in der Provinz Hannover erfreut sich seitens mancher Konservativer und der dortigen amtlichen Stellen sehr der Bewunderung. Wie der Herr Minister hier seine Vorgesetzten halten, (Zustimmung) zumal die Stellen mit der Sozialdemokratie bei den Wahlen patziert haben. Auch wir bedauern, daß das Zentrum im Reichstage dem Reichstagler ein Mißtrauensvotum erstellt hat, ich behaupte ebenso, daß der konservative Redner sich über diese Frage ausgesprochen hat. Den Verbrehungen für einen größeren Schluß der Arbeitswilligen stimmen wir zu. Unseres Erachtens müßte die Frage so zu regeln, daß die Berufsvereinigungen halbar gemacht werden für den Schlußungen, die ihre Mitglieder den Arbeitswilligen zulassen. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie sind wir mit dem Zentrum und der Rechten einverstanden, wir verlangen ferner eine Reform des rechtlichen Rechts durch Einführung der direkten und geheimen Wahl. (Zustimmung bei den Natl.). Ein Wahlgesetz ist unbedingt notwendig. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen bitten wir den Minister, den ihm unterstellten Behörden i. g. g. ein Gesetz zu legen, allen Parteien gegenüber gleiche Neutralität zu zeigen. (Beifall sehr laut bei den Natl.).

Minister des Innern v. Dalwitz: Den wettischen Verbrehungen wird durch die Behörden in Hannover weder mittelbar noch unmittelbar eine Förderung zuteil. Daran werden wir auch fernhin festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte zwischen dem Staatssekretär des Innern und mir ein Gegensatz, ich unterbringe. Die Vorleser eines Mißtrauensvotums ist auch das Bundesamt, der fernstezt ein festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein Wunsch, der sich nicht verwirklichen lassen; dazu ist diese Arbeit der Stadt- und Landgemeinden zu verschiedenartig gesezt. Aber die Befragung der mittleren und kleinen Gemeinden in Preußen und in den imfolgenden eingetragene Verordnungen ist eine Statistik einleitet; diese wird eine geeignete Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Weidende bilden. Die Bekämpfung, es behaupte

